



**Medienmitteilung vom 20. Juni 2014**

## **Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen zur Zuwanderung**

Die Schweizer Bevölkerung hat die Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" am 9. Februar 2014 angenommen. Damit hat sie sich für einen Systemwechsel in der Zuwanderungspolitik der Schweiz ausgesprochen. Der neue Verfassungstext verpflichtet Bundesrat und Parlament, innert dreier Jahre für alle Ausländerinnen und Ausländer ein neues Zulassungssystem einzuführen, das die Zuwanderung durch Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.

Der Bundesrat hat die Arbeiten zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen über die Zuwanderung umgehend an die Hand genommen und am 12. Februar 2014 erste Beschlüsse gefasst. Am 20. Juni 2014 hat der Bundesrat das Konzept zur Umsetzung des Zuwanderungsartikels präsentiert.

Das neue Zulassungsmodell sieht vor, dass der Bundesrat die Höchstzahlen und Kontingente festlegt. Bei der Festlegung wird der Bundesrat verschiedene Indikatoren aus der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt berücksichtigen, beispielsweise die Zahl der offenen Stellen oder die Arbeitslosenquote. Da die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels eine Verbundaufgabe des Bundes und der Kantone ist, stützt sich der Bundesrat bei seiner Entscheidung auf die Bedarfsmeldungen der Kantone. Er lässt sich zudem von einem Gremium beraten, in dem die Migrations- und Arbeitsmarktbehörden des Bundes und der Kantone vertreten sind. Auch die Sozialpartner werden einbezogen.

Bis zur Inkraftsetzung der entsprechenden Ausführungsgesetzgebung gilt wie bisher die Personenfreizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU, der EFTA und der Schweiz.

Die Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung wird sich nicht auf ausländerrechtliche Regelungen beschränken. Deshalb umfasst das Konzept nicht nur ein Modell dafür, wie die Gesetzgebung gestaltet werden soll, sondern zeigt auch die übrigen Herausforderungen und Ziele im innen- und im aussenpolitischen Bereich auf. So will der Bundesrat die engen und wichtigen Beziehungen der Schweiz zur EU und ihren Mitgliedstaaten erhalten und weiterentwickeln.

### **Weitere Schritte**

Das EJPD wird jetzt einen Gesetzesentwurf für die Vernehmlassung erarbeiten, der die Eckwerte des Konzepts berücksichtigt. Das EJPD wird dabei und bei den anderen Arbeiten in diesem Zusammenhang weiterhin eng mit dem WBF und dem EDA zusammenarbeiten. Das WBF seinerseits wird in Zusammenarbeit mit dem EJPD und dem EDA den Bedarf für eine Anpassung der flankierenden Massnahmen prüfen. Gestützt auf das neue Zulassungsmodell wird das WBF einen Vernehmlassungsentwurf ausarbeiten. Dieser soll, wenn möglich, ebenfalls bis Ende Jahr vorliegen.

Der Bundesrat hat das EJPD am 20. Juni 2014 weiter beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EDA das angekündigte Begehren zur Anpassung des FZA einzureichen. Bis im Herbst wird das EJPD dem Bundesrat dann den Entwurf eines Verhandlungsmandats mit der EU für die Anpassung des FZA unterbreiten.

## Was ist bisher geschehen?

- 20. Juni 2014: Bundesrat präsentiert das Konzept zur Umsetzung des Zuwanderungsartikels ([Medienmitteilung](#))
- 16. Mai 2014: Von-Wattenwyl-Gespräche ([Medienmitteilung](#))
- 26. März 2014: Bundesrat diskutiert das weitere Vorgehen ([Medienmitteilung](#)).
- 13. März 2014: Arbeitstreffen mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann und Spitzenvertretern der Sozialpartner, der Kantone sowie des Städte- und Gemeindeverbandes ([Medienmitteilung](#)).
- 3. März 2014: Bundesrätin Simonetta Sommaruga informiert in Brüssel den Rat der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union (EU) über die Umsetzung der neuen schweizerischen Verfassungsbestimmungen zur Zuwanderung ([Medienmitteilung](#), [Statement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga](#)).
- 14. Februar 2014: Von-Wattenwyl-Gespräche ([Medienmitteilung](#)).
- 12. Februar 2014: Der Bundesrat legt erste Schritte für die Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen zur Zuwanderung fest ([Medienmitteilung](#)).
- 9. Februar 2014: Die Schweizer Bevölkerung nimmt die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ an ([Medienmitteilung](#), [Statement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga](#), [Abstimmungsseite](#))